

Antrag der Fraktion der CDU**Ländervergleichsstudie Bildung muss Konsequenzen haben**

Die Ergebnisse der ersten Ländervergleichsstudie, die die sprachlichen Kompetenzen anhand der im Rahmen der KMK vereinbarten und bundesweit geltenden Standards für die 9. Klasse in den Fächern Deutsch und Englisch getestet hat, sind für Bremen erneut katastrophal gewesen. Die Nachfolgestudie der Länderauswertung PISA-E dokumentiert insbesondere in der Rechtschreibung gravierende Defizite. In etlichen Bereichen haben Bremer Schülerinnen und Schüler im Vergleich zum führenden Bundesland einen Lernrückstand von einem bis anderthalb Jahren.

Für Bremen lässt sich aus den Ergebnissen ableiten, dass – nachdem mit dem Bremer Bildungskonsens die Schulstruktur und die Rahmenbedingungen überparteilich für die nächsten zehn Jahre festgeschrieben worden sind – insbesondere die qualitative Verbesserung des Unterrichts in den Mittelpunkt rücken muss. Bremer Schülerinnen und Schüler sind nicht dümmer als gleichaltrige Kinder in anderen Bundesländern. Gleichwohl hat der Senat in seiner Reaktion die Ergebnisse bisher lediglich kommentiert und zu erklären versucht.

Es ist jetzt an der Zeit, entschlossen zu handeln: Bremer Schülerinnen und Schülern muss sofort geholfen werden, damit wir kurzfristig deutliche Fortschritte vor allem bei Lesen, Textverständnis und Rechtschreibung machen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis zum 31. Dezember 2010 ein Programm mit Sofortmaßnahmen zu verabschieden, das geeignet ist, die Unterrichtsqualität an Schulen im Lande Bremen zu steigern, und unverzüglich mit dessen Umsetzung zu beginnen, damit diese bereits zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres am 1. Februar 2011 greifen können.
2. bei den zu ergreifenden Sofortmaßnahmen folgende Punkte vorrangig zu berücksichtigen:
 - Lehrkräfte sollen von unnötigem bürokratischem Aufwand entlastet werden und sich wieder mehr dem Unterricht als ihrer Kernaufgabe widmen können.
 - Lehrkräfte sollen regelmäßig und verpflichtend an fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Fortbildungen teilnehmen.
 - Der Unterricht soll in der Regel durch Fachlehrer und nur in begründeten Ausnahmefällen fachfremd erteilt werden.
 - Bei der Neueinstellung von Lehrkräften im Zuge der anstehenden Pensionierungswelle soll auf herausragende Leistung geachtet werden.
 - Die Verbindlichkeit zur Teilnahme am Sprachtest CITO und an der sich anschließenden Sprachförderung soll durch die Einführung von Sanktionen erhöht werden.
 - Die vorschulische und schulische Sprachförderung soll konzeptionell untermauert und einheitlich durchgeführt werden.

- Die Lernentwicklungsberichte in der Grundschule sollen neu gefasst, deutlich verkürzt und für Eltern verständlicher und damit aussagekräftiger werden.
 - Der Erwerb der Grundfertigkeiten Rechnen, Schreiben und Lesen als Lernziel der Grundschule sollen deutlich gestärkt und dazu insbesondere das Erlernen der Rechtschreibung verbindlicher gemacht werden.
 - In den Klassen 3 und 4 soll die Stundentafel um jeweils eine Stunde Deutsch erhöht werden.
 - Der Englischunterricht in der Grundschule soll durch den Einsatz von Fachlehrkräften gestärkt und durch ein Übergangskonzept mit der weiterführenden Schule verknüpft werden.
 - Die laufende Lehrplanüberarbeitung soll beschleunigt werden und unter dem Gesichtspunkt der Etablierung eines Kerncurriculums für alle Bildungsgänge stärkere Leistungsanforderungen schaffen.
 - Zu prüfen, inwieweit die Eltern stärker in die schulische Entwicklung ihrer Kinder vonseiten der Schule (zum Beispiel durch die Etablierung eines verbindlicheren Gesprächsaustauschs) einbezogen werden können.
3. der Bürgerschaft (Landtag) regelmäßig, mindestens jedoch vierteljährlich, über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Claas Rohmeyer, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU